

DIVERCITY

Sicherheit und Vielfalt im Quartier

Ausgewählte Ergebnisse der dreistufigen
Kommunalbefragung

Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting
Deutsches Institut für Urbanistik



Zielsetzungen der dreistufigen Kommunalbefragung

• 1. Befragungswelle

- Identifikation der zentralen kommunalen (und nicht kommunalen) Akteur*innen der Zusammenarbeit im Bereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit
- Analyse der Akteursnetzwerke von ausgewählten Ämtern und Fachbereichen
- Untersuchung der Einstellungen zu Zusammenarbeit
- Abfrage von Maßnahmen und Strategien innerhalb bestimmter Kooperationsnetzwerke

• 2. Befragungswelle

- Bedeutung von gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit in der Arbeit der Ämter und Fachbereiche
- Analyse der Strukturen von Zusammenarbeit sowie der impliziten und expliziten Ressourcen (z. B. Förderprogramme, Bedeutung von Vertrauen, Ressourcentausch)
- Untersuchung von Handlungsfeldern der Kooperation
- Bedeutung von Teilhabe und interkommunalen Austauschaktivitäten

• 3. Befragungswelle

- Überprüfung der bisherigen empirischen Befunde (z. B. Relationierung von Hemmnissen und Handlungsfeldern)
- Prognosen zu künftigen kommunale Entwicklungen im Bereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit

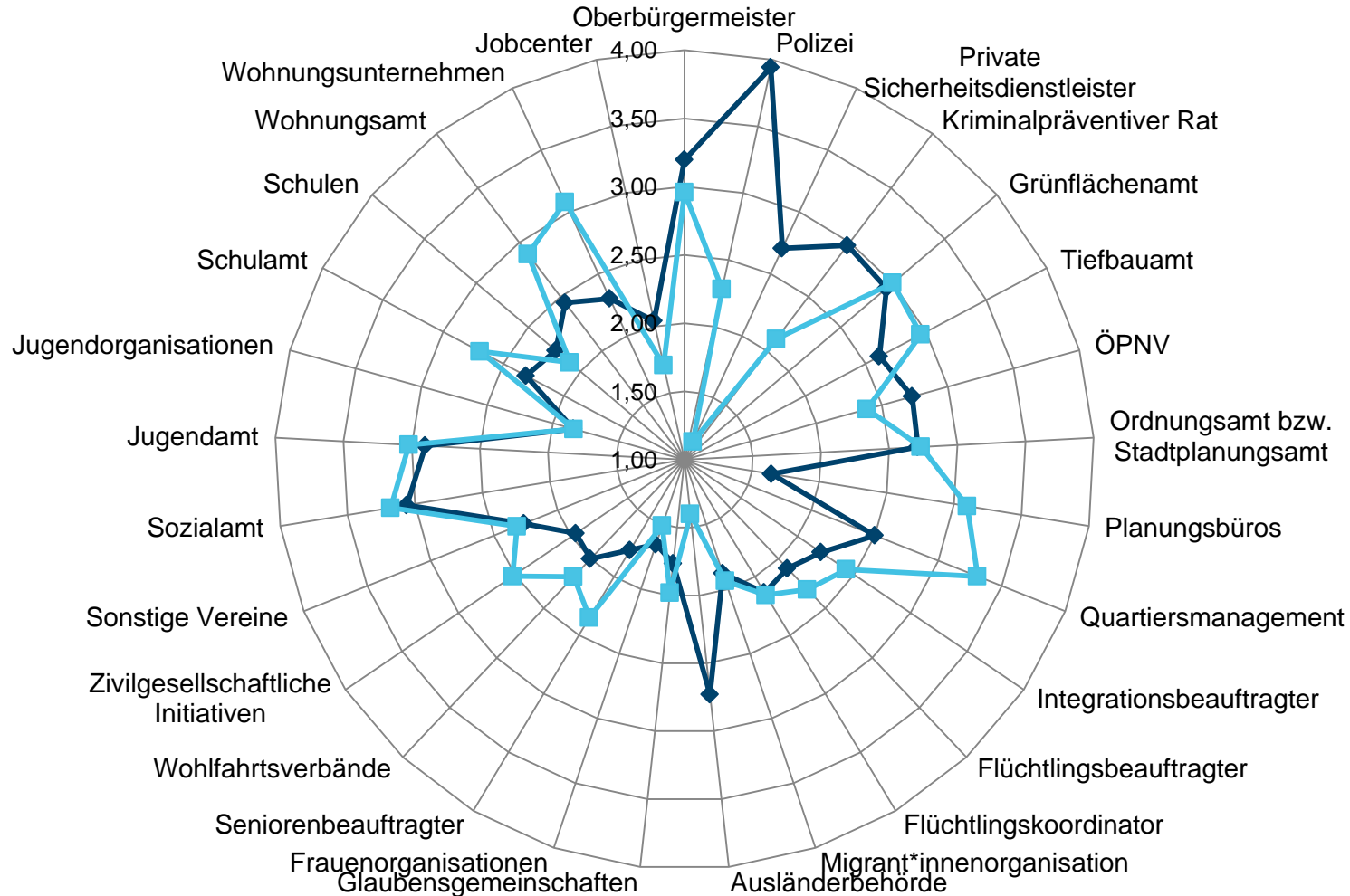
1. Welle – Ausgewählte Ergebnisse

1. Welle der Kommunalbefragung – Eckdaten

- Adressaten
 - Deutsche Städte und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohner*innen
 - Sechs verschiedene Ämter und Fachbereiche: Ordnung, Stadtplanung, Wohnen, Soziales, Jugend, Integration
 - Insgesamt wurden 1.169 Ämter und Fachbereiche kontaktiert
- Rücklaufquote:
 - Gesamtrücklauf: 23% (N = 268)
 - Etwa zwei Drittel der befragten Kommunen haben sich mit mindestens einem Amt/Fachbereich an der Befragung beteiligt

Vergleich der Kooperationsnetzwerke an der Schnittstelle Sicherheit - Diversität zwischen Ordnungsämtern und Stadtplanungsämtern

Skala: 1 = nie, 2 = selten, 3 = gelegentlich, 4 = oft



- **Ordnungsämter:** Sehr gut vernetzt mit Akteuren der Sicherheit; weniger gut mit Akteuren der Diversität
- **Stadtplanungsämter:** Gut vernetzt mit Akteuren der Planung, des Wohnens, den Quartiersmanagements; weniger gut mit Akteuren der Diversität
- Beide arbeiten stark mit baulich-gestalterisch orientierten Akteuren zusammen

◆ Ordnungsämter (n=54)

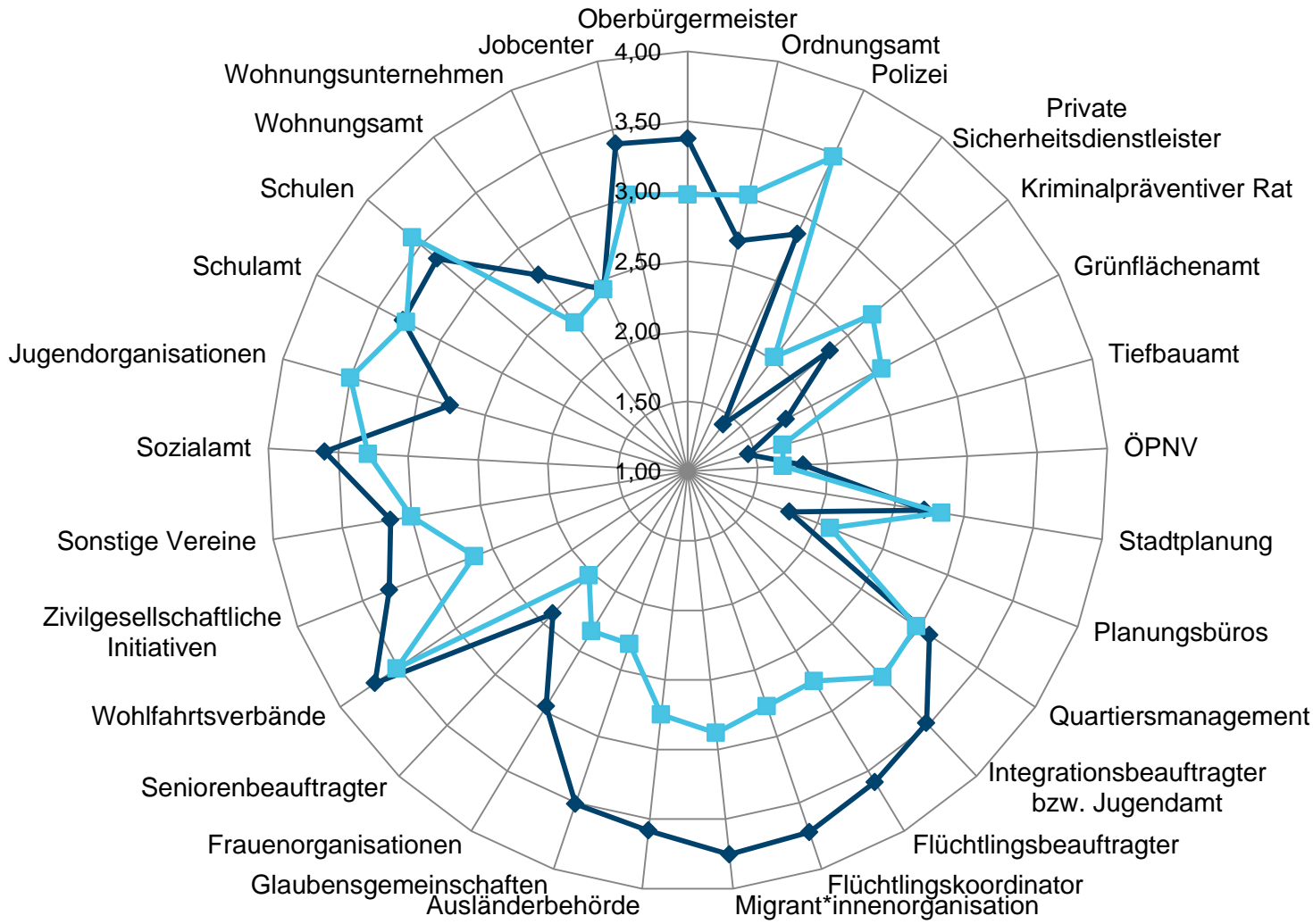
■ Stadtplanungsämter (n=53)

GEFÖRDERT VOM



Vergleich der Kooperationsnetzwerke an der Schnittstelle Sicherheit - Diversität zwischen Integrationsbeauftragten und Jugendämtern

Skala: 1 = nie, 2 = selten, 3 = gelegentlich, 4 = oft



- **Jugendämter:** Zusammenarbeit mit anderen Jugendakteuren und Akteuren der Sicherheit
- **Integrationsbeauftragte:** Gut vernetzt mit Akteuren der Diversität, dagegen kaum Kooperationen mit Akteuren der Sicherheit

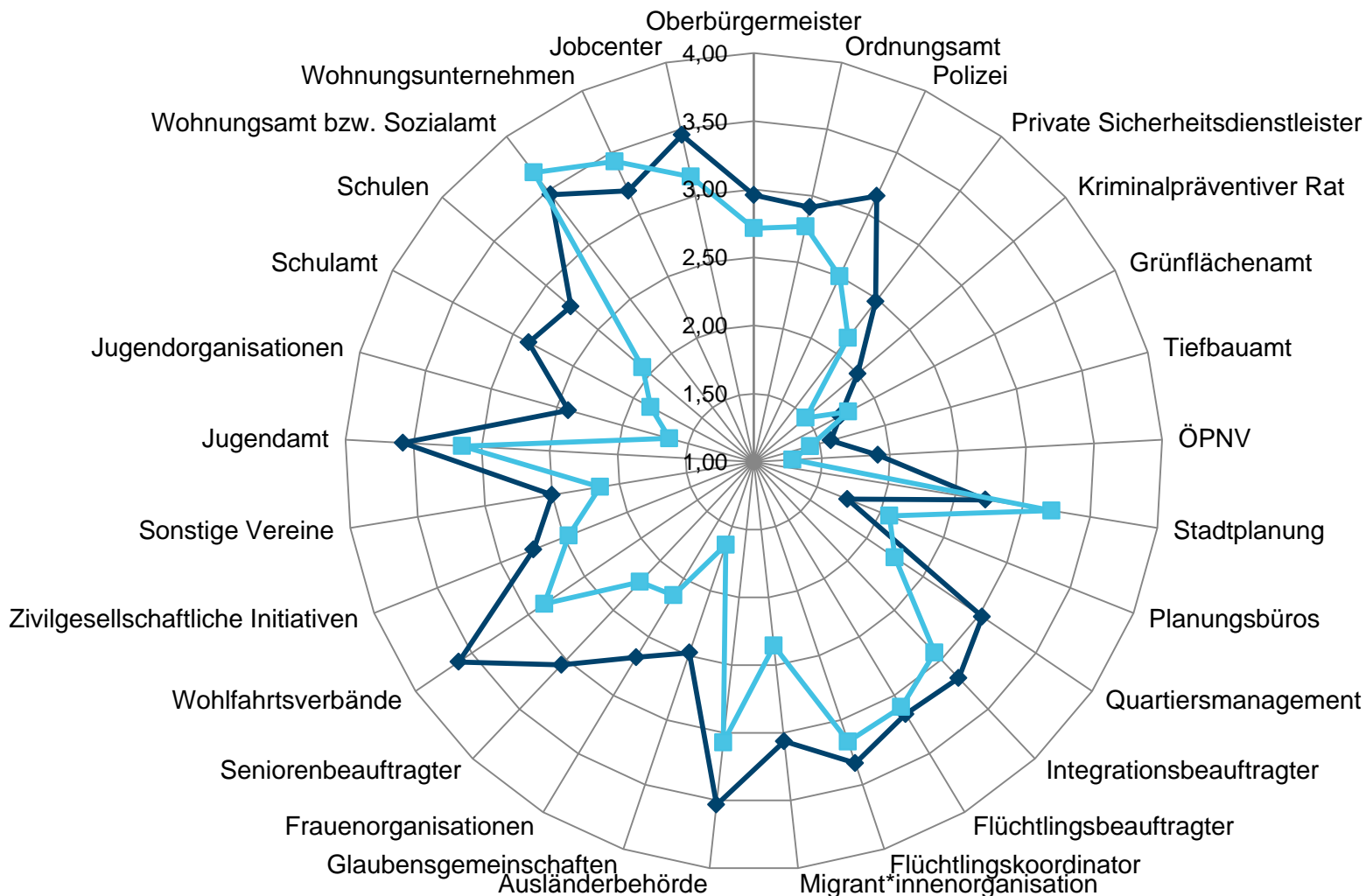
◆ Integrationsbeauftragte (n=53)

■ Jugendämter (n=45)



Vergleich der Kooperationsnetzwerke an der Schnittstelle Sicherheit - Diversität zwischen Wohnungsämtern und Sozialämtern

Skala: 1 = nie, 2 = selten, 3 = gelegentlich, 4 = oft



- **Sozialämter:** Weiträumig vernetzt und dort weniger vernetzt, wo Ordnung und Stadtplanung kooperieren
- **Wohnungsämter:** Ähnliches Vernetzungsmuster bei teils deutlich geringeren Kooperations-tätigkeiten

◆ Sozialämter (n=49) ■ Wohnungsämter (n=14)



Analyse der Akteurskonstellationen

Mit Blick auf die Vernetzungsprofile, die in den drei Radar-Charts dargestellt sind, lassen sich drei Akteurscluster unterscheiden: Ordnung (1), Stadtplanung (2), Soziales + Jugend + Integration (3).

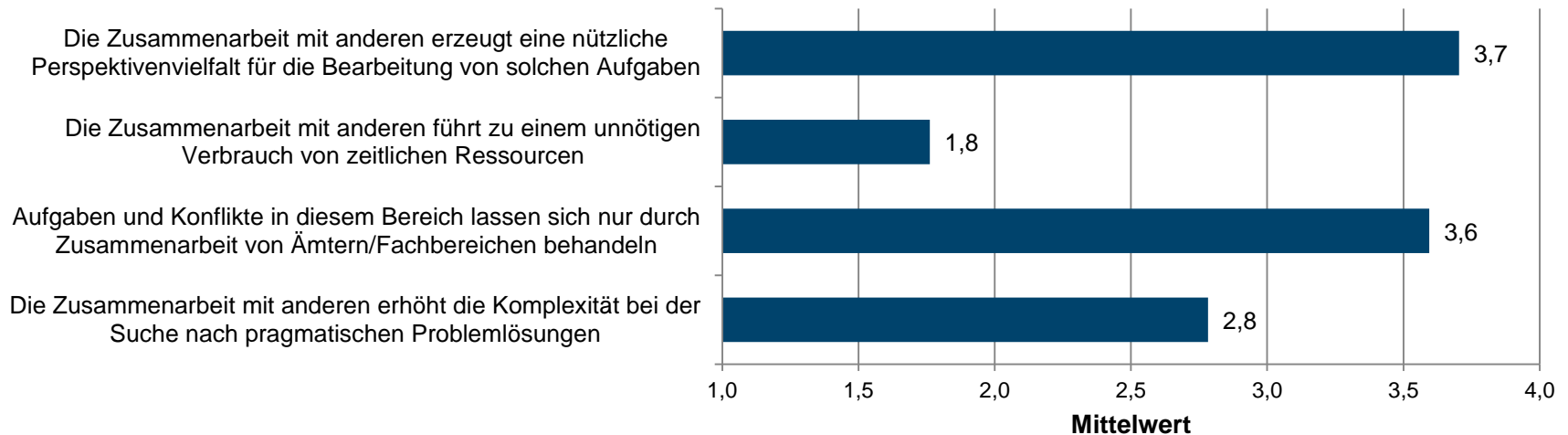
Während Ordnungsämter hinsichtlich der Vernetzungsaktivitäten vor allem die sicherheitsrelevanten Akteur*innen abdecken, fokussieren die Stadtplanungsämter auf baulich-planerisch orientierte Akteur*innen und die des Wohnens. Die Sozial- und Jugendämter sowie die Integrationsbeauftragten weisen ähnliche Profile auf, die auf eine breite Vernetzung hindeuten, die in sich allerdings zum Teil auch heterogen verlaufen und andere Schwerpunkte beinhalten.

Es spricht einiges dafür, dass die thematische Schnittstelle Vielfalt – Sicherheit bisher oft arbeitsteilig organisiert ist, was die Kooperationsbestrebungen angeht. Vor diesem Hintergrund erscheint eine stärkere, Cluster-übergreifende Zusammenarbeit möglich, die durch gezielte Austauschaktivitäten in einem offenen Netzwerk gewinnbringende Potenziale zutage treten lassen könnte.

Einstellungen zu Zusammenarbeit

Welche Bedeutung hat die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern/Fachbereichen im Kontext von Fragen oder Aufgaben gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit?

[Skala: 1 =trifft gar nicht zu, 4 = trifft voll zu]



Es zeigt sich, dass die Ämter und Fachbereiche Kooperationen grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Der Zusammenarbeit wird von fast allen Ämtern und Fachbereichen eine nützliche Perspektivenvielfalt zugeschrieben, worauf der hohe Mittelwert ($M=3,7$) verweist, der eine äußerst hohe Zustimmung signalisiert. Zusammenarbeit kann auch einen unnötigen Verbrauch von zeitlichen Ressourcen implizieren. Dem wird jedoch von den Befragten tendenziell widersprochen ($M=1,8$). Hohe Zustimmung erfährt dagegen die These, dass sich Aufgaben und Konflikte an der thematischen Schnittstelle von Sicherheit und Diversität nur durch Zusammenarbeit bearbeiten lassen ($M=3,6$). Etwas weniger eindeutig verhalten sich die Einschätzungen in Hinblick auf die These, dass die Zusammenarbeit mit anderen in einer Komplexitätserhöhung bei der Suche nach pragmatischen Problemlösungen resultiert ($M=2,8$). Allerdings ist das Item nicht unbedingt als Votum für oder gegen Kooperationen zu betrachten, da niedrige Zustimmungswerte auch ausdrücken können, dass Komplexität gerade durch Zusammenarbeit reduziert und handhabbar gemacht werden kann.

GEFÖRDERT VOM

Strategien, Maßnahmen und Handlungsfelder

Akteur	Fallzahl/ Prozent	Handlungsfelder									Gesamt
		Informations-/ Wissensgewinnung	Information, Kommunikation, Weiterbildung und Wissensvermittlung	Recht und Ordnung	Städtebauliche Prävention	Soziale Integration	Kulturelle Integration	(Sozial-räumliche) Prävention	(Sozial-räumliche) Intervention	Überlappende Handlungsfelder	
Ordnungsämter	Fallzahl	1	8	13	4	1	0	1	1	40	69
	Prozent	1,4%	11,6%	18,8%	5,8%	1,4%	0,0%	1,4%	1,4%	58,0%	100,0%
Stadtplanungsämter	Fallzahl	2	6	0	7	3	0	6	2	38	64
	Prozent	3,1%	9,4%	0,0%	10,9%	4,7%	0,0%	9,4%	3,1%	59,4%	100,0%
Wohnungsämter	Fallzahl	0	1	0	0	4	0	1	0	14	20
	Prozent	0,0%	5,0%	0,0%	0,0%	20,0%	0,0%	5,0%	0,0%	70,0%	100,0%
Sozialämter	Fallzahl	0	17	2	0	4	1	6	3	46	79
	Prozent	0,0%	21,5%	2,5%	0,0%	5,1%	1,3%	7,6%	3,8%	58,2%	100,0%
Jugendämter	Fallzahl	1	10	0	3	6	4	8	5	48	85
	Prozent	1,2%	11,8%	0,0%	3,5%	7,1%	4,7%	9,4%	5,9%	56,5%	100,0%
Integrationsbeauftragte	Fallzahl	1	17	0	0	6	14	20	1	61	120
	Prozent	,8%	14,2%	0,0%	0,0%	5,0%	11,7%	16,7%	,8%	50,8%	100,0%
Gesamt	Fallzahl	5	59	15	14	24	19	42	12	247	437
	Prozent	1,1%	13,5%	3,4%	3,2%	5,5%	4,3%	9,6%	2,7%	56,5%	100,0%

Insgesamt wurden 437 kommunale Strategien und Maßnahmen im Bereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit von den Ämtern und Fachbereichen beschrieben, die nach Handlungsfeldern und Ämtern differenziert dargestellt werden können. Dabei zeigt sich, dass die Grenzen fließend sind und innerhalb der Strategien und Maßnahmen oftmals mehrere Handlungsfelder zusammen adressiert werden.

Cluster, bestehend aus Sozial- und Jugendämtern sowie den Integrationsbeauftragten weisen in Hinblick auf die Handlungsfelder Binnendifferenzierungen auf, die sich in soziale und kulturelle Integration sowie sozial-räumliche Prävention unterscheiden lassen.

2. Welle – Ausgewählte Ergebnisse

2. Welle der Kommunalbefragung – Eckdaten

- Adressaten
 - Deutsche Städte und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohner*innen
 - Fünf verschiedene Ämter und Fachbereiche: Ordnung, Stadtplanung, Soziales, Jugend, Integration
 - Insgesamt wurden 951 Ämter und Fachbereiche kontaktiert
- Rücklaufquote
 - Gesamtrücklauf: 20% (N = 185)
 - Etwa zwei Drittel der befragten Kommunen haben sich mit mindestens einem Amt/Fachbereich an der Befragung beteiligt

Chancen von Vielfalt für Sicherheit

Vielfalt als Reflexionsressource	Multiperspektivische Konfliktbearbeitung	Präventive Stärkung sozialer Kohäsion	Stärkung des Sicherheitsgefühls	Diversifizierung der Verwaltung
<ul style="list-style-type: none"> • Abbau von Vorurteilen und Vorbehalten • Lernprozesse durch Ausräumen von Missverständnissen und Stärkung von Sensibilitäten • Unterschiedliche kulturspezifische Sichtweisen auf Sicherheit und Sicherheitswahrnehmung sind möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau von Netzwerken, durch die gemeinsames Arbeiten lösungsorientiert wirken kann • Chance auf Erarbeitung von Lösungswegen gemeinsam mit einer Vielfalt an verschiedenen beteiligten Gruppen und damit auch mit einer größeren Vielfalt an Fragestellungen (z.B. Interkultureller Dialog) • Breite anerkannte Zustimmung zu gesellschaftlicher Vielfalt fördert den Blick für die Verschiedenartigkeit der Interessen unterschiedlicher Gruppen, für die Berechtigung pluraler Interessen und für Interessenausgleich 	<ul style="list-style-type: none"> • Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen als Voraussetzung für Verständigung: Durch einen Austausch kann Verständnis geschaffen und so mehr Toleranz bzw. Akzeptanz anderer Kulturen und/oder Lebensstile entwickelt werden • Förderung der interkulturellen Kompetenz und des Verständnisses für die Diversität der unterschiedlichen Kulturen, Erhöhung der Akzeptanz verschiedener Lebensweisen einerseits und der Akzeptanz der Einhaltung gesellschaftlicher Regeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Abbau von subjektiven Angsträumen durch interkulturelle Kompetenz • Vermeintliche Sicherheitsprobleme werden durch gelebte gesellschaftliche Vielfalt relativiert • Kommunal unterstützte Formen der Beteiligung und Begegnung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen können den Abbau von Ängsten und Vorurteilen unterstützen und somit dafür sorgen, dass sich die gefühlte und auch reale Sicherheit in der Kommune verbessert 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Sensibilität für kulturelle und religiöse Vielfalt in den Verwaltungen durch IKO bzw. der Etablierung von Diversity-Ansätzen • Differenzierte Erkenntnisse über die Gewohnheiten, Probleme, Erwartungen, Bedürfnisse unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen zur Anwendung beim Aufbau kommunaler Sicherheitsstrukturen

Von den Befragten wurde eine Vielzahl von Chancen von Vielfalt für die Sicherheit benannt, die sich in fünf Dimensionen gliedern lassen: Vielfalt regt die Reflexion über Unterschiede an und setzt Lernprozesse in Gang, die Fremdheit überwinden helfen. Es entwickeln sich Netzwerke für die lösungsorientierte gemeinsame Arbeit. Die soziale Kohäsion wird gestärkt und kann Präventionskonzepte erweitern. Die subjektive Sicherheit wird durch interkulturelle Kompetenz gestärkt. In den Kommunalverwaltungen wird die Sensibilität für Diversität gefördert. Alles zusammen stärkt indirekt die Sicherheit.

Herausforderungen von Vielfalt für Sicherheit

Wertvorstellungen, Bedürfnisse, Interessen

- Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen eingebunden werden
Herausforderungen hierbei:
Sprachbarrieren, kulturelle Codes und Selbstverständnisse → Mögliche Koordinierungs- und Kostenprobleme
- Sicherheitsgefühle und -bedürfnisse variieren ihrerseits stark
- Toleranz als Schlüssel: Nicht die gesellschaftliche Vielfalt ist die Herausforderung, sondern die Menschen, die (noch) nicht damit umgehen können/wollen

Verunsicherungen durch sozialen Wandel

- Vervielfältigung und damit einhergehende Produktion neuer Ambivalenzen und Uneindeutigkeiten
- Kontingenzsteigerung als Xenophobie und Rassismus begünstigendes Phänomen: Unsicherheitsgefühl, beispielsweise durch Veränderungen innerhalb des gewohnten Umfelds
- Entstehung und Reproduktion vielfaltsbezogener Ängste durch mediale Berichterstattungen/Kommunikation (insbesondere: Soziale Medien)

Prozesse sozialer Segmentierung

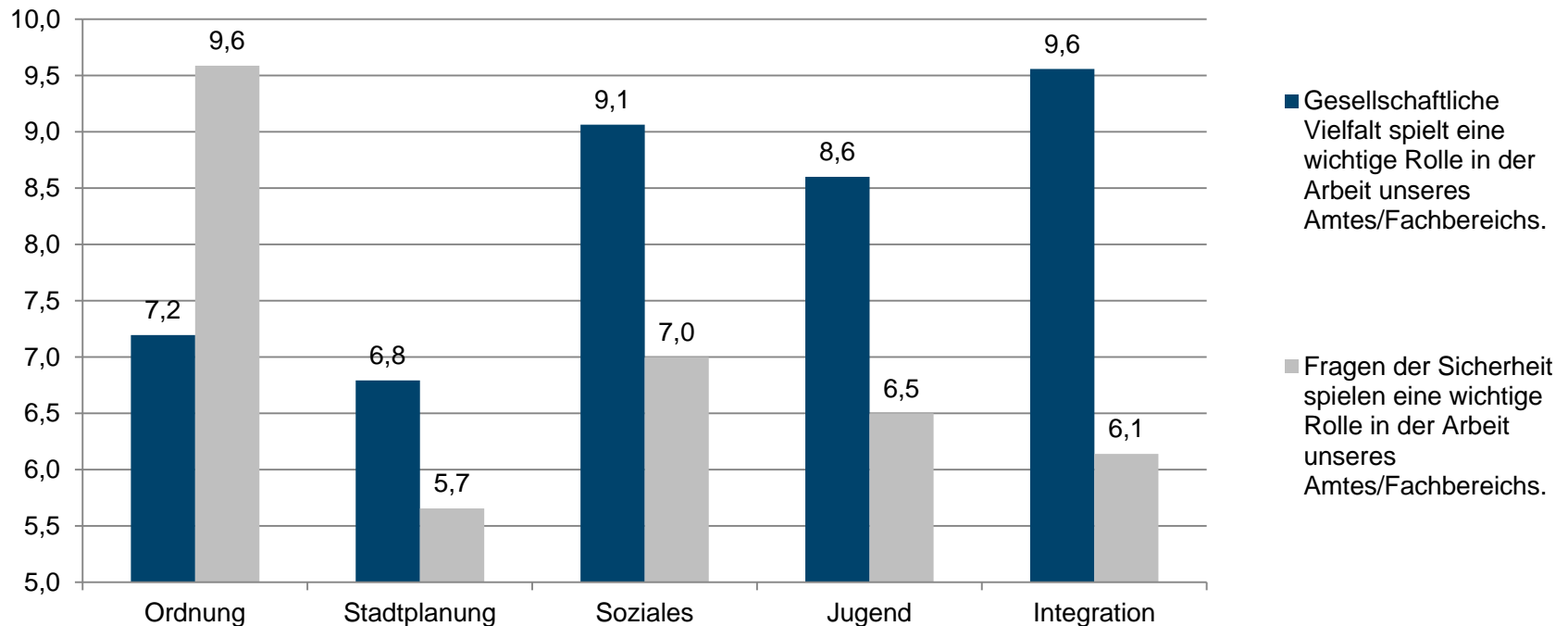
- (Sozialräumliche) Segregation, „Parallelgesellschaften“, Clanstrukturen: Gefahr einer Ethnisierung sozialer Konfliktlinien
- Migranten aus anderen Rechtssystemen haben teilweise Schwierigkeiten, sich im deutschen Rechtsstaat zu orientieren. Deutsche Bürokratie hat Schwierigkeiten, dieses Phänomen angemessenen zu würdigen und zu operationalisieren
- Import internationaler Konflikte

Verwaltungsbezogene Herausforderungen

- Erreichbarkeit bestimmter Gruppen: Migrantenmilieus, die keine organisierte Vereinsstruktur haben: z.B. Südosterweiterung aus der EU (Bulgarien und Rumänien)
- Behördliche Kommunikation mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen aufgrund divergierender Vorstellungen und wenig dialogisch ausgerichteter Kommunikationsstile erschwert

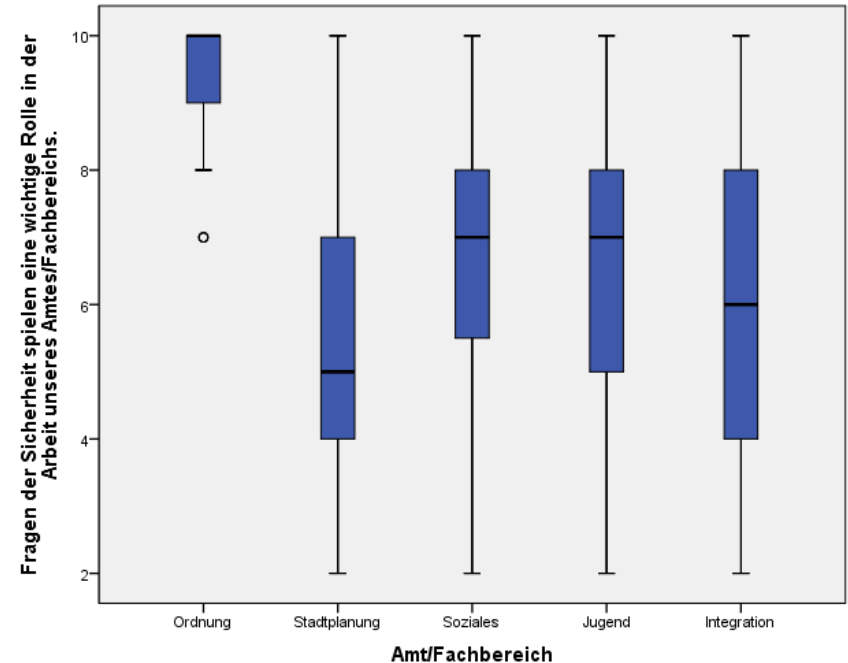
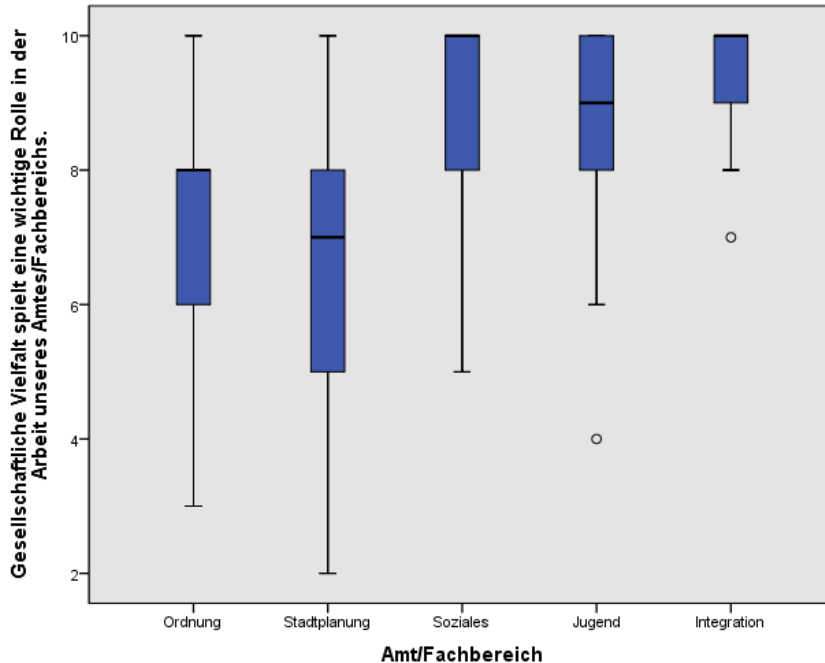
Vielfalt ist mit Herausforderungen für die Sicherheit verbunden. Sie entstehen durch unterschiedliche Wertvorstellungen, Bedürfnisse und Interessen. Der soziale Wandel kann durch Uneindeutigkeiten und Ungewissheiten verunsichern und damit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit begünstigen. Es besteht sowohl die Gefahr sozialer Segmentierung als auch der Ethnisierung von Konfliktlinien. Für die Verwaltungen kann es eine Herausforderung darstellen bestimmte Gruppen zu erreichen.

Bedeutung von Sicherheit und Vielfalt im Ämtervergleich



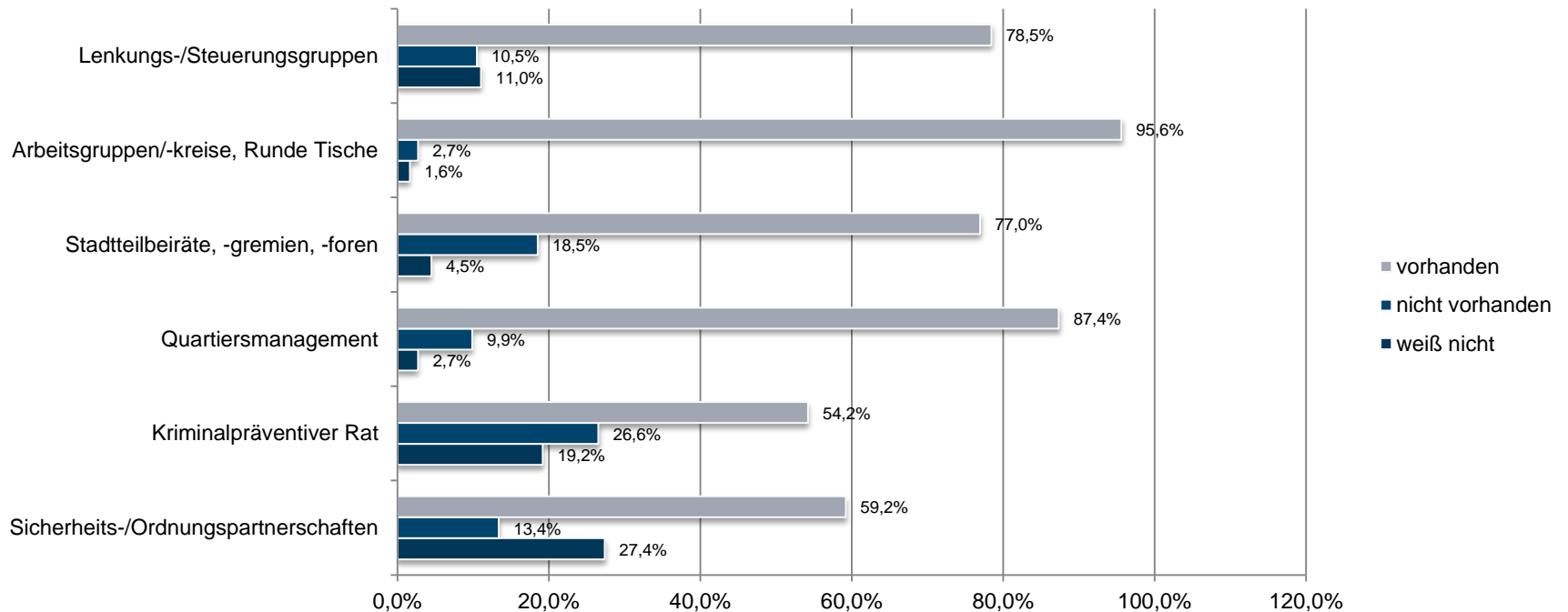
Fragen gesellschaftlicher Vielfalt fallen primär in den Tätigkeitsbereich von kommunalen Integrationsbeauftragten, während Ordnungsämter sicherheitsbezogene Herausforderungen bearbeiten. Für den Tätigkeitsbereich von Stadtplanungs-, Sozial- und Jugendämtern sind vielfaltsbezogene Phänomene durchweg relevanter, wobei die Werte der letzteren beiden fast an den Wert der Integrationsbeauftragten heranreichen und auch in Bezug auf Sicherheitsfragen sind sich diese drei Akteure nicht unähnlich.

Unterschiede in der Bedeutung von Vielfalt und Sicherheit für die eigene Arbeit



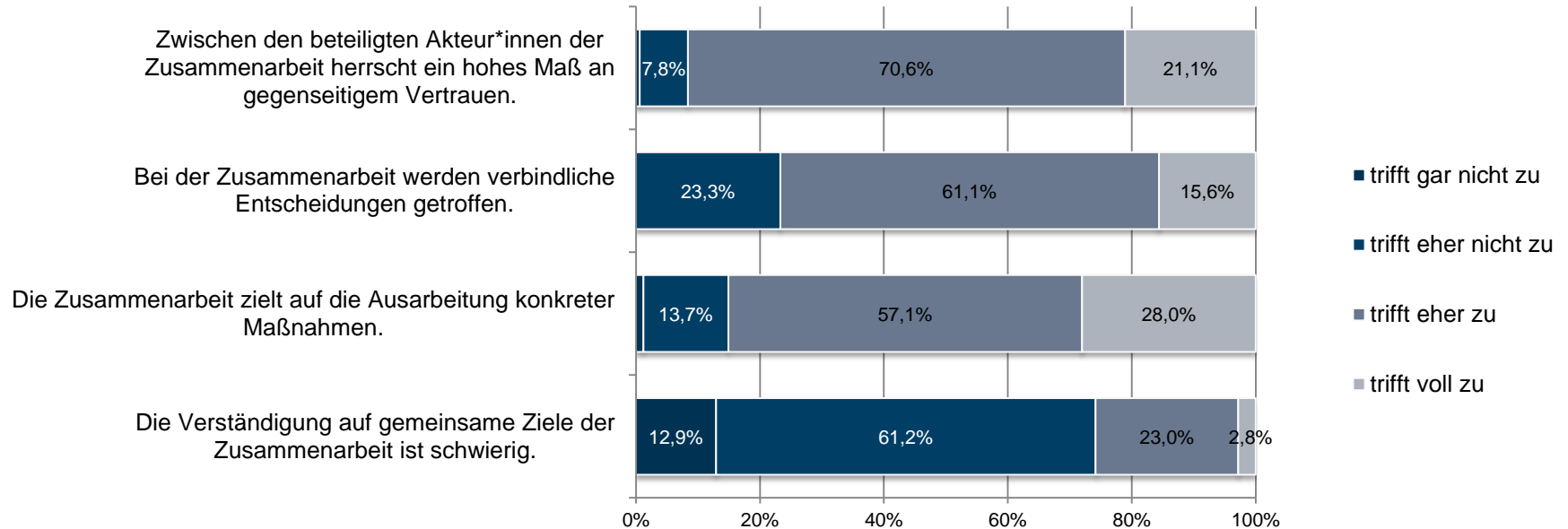
Die Boxplots bestätigen die beobachteten Diskrepanzen zwischen den Ämtern. Die Varianz in Hinblick auf die Bedeutung sicherheitsbezogener Phänomene ist bei den Integrationsbeauftragten stark ausgeprägt, was auf uneinheitliche Zuschreibungen schließen lässt, die einer ämterübergreifenden Zusammenarbeit potenziell entgegenstehen können.

Strukturen der Zusammenarbeit im Bereich Vielfalt – Sicherheit



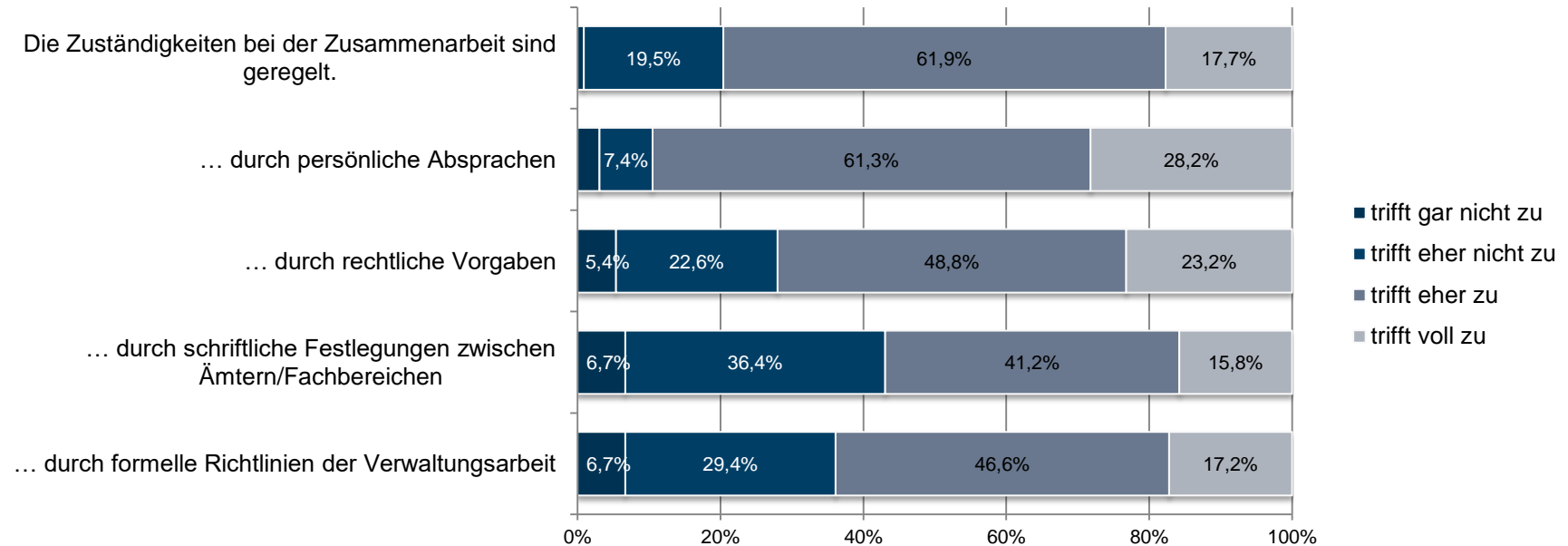
Arbeitsgruppen oder Runde Tische zur Auseinandersetzung mit Themen der Vielfalt und Sicherheit sind in beinahe allen Kommunen vorhanden. Dies trifft in etwas geringerem Maße auch auf Quartiersmanagements sowie Stadtteilgremien und -foren zu. Kriminalpräventive Räte sowie Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften sind dagegen nur in etwa der Hälfte der befragten Kommunen vorzufinden.

Kooperationskultur im Bereich Vielfalt - Sicherheit



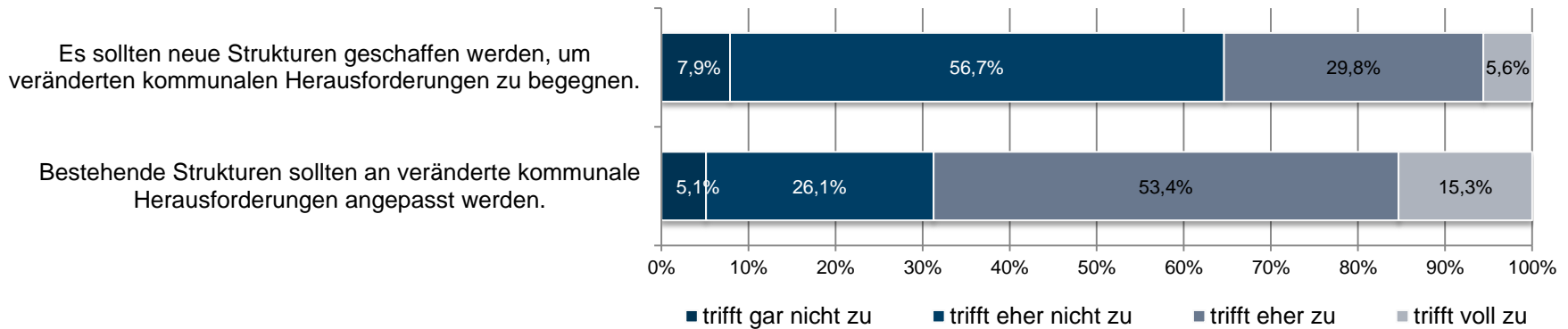
In mehr als 90% der befragten Kommunen ist die Zusammenarbeit im Bereich Vielfalt und Sicherheit von großem gegenseitigen Vertrauen geprägt. In mehr als drei Viertel der Kommunen werden dabei verbindliche Entscheidungen getroffen. Die Zusammenarbeit ist vor allem auf konkrete Maßnahmen ausgerichtet. Meist kann man sich auf gemeinsame Ziele verständigen. Mehr als ein Viertel der befragten kommunalen Ämter bewertet den Verständigungsprozess auf gemeinsame Ziele allerdings als schwierig.

Zuständigkeiten im Bereich Vielfalt - Sicherheit



Persönliche Absprachen spielen bei der Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Akteur*innen bei Fragen von Vielfalt und Sicherheit die wichtigste Rolle. In fast vier Fünfteln der Kommunen wird die Zusammenarbeit als klar geregelt angesehen. In fast allen Kommunen geschieht dies durch persönliche Absprachen. Rechtliche Vorgaben und Verwaltungsrichtlinien spielen demgegenüber eine geringere Rolle, ebenso wie schriftliche Festlegungen zwischen den kommunalen Fachbereichen.

Veränderung von Strukturen der Zusammenarbeit



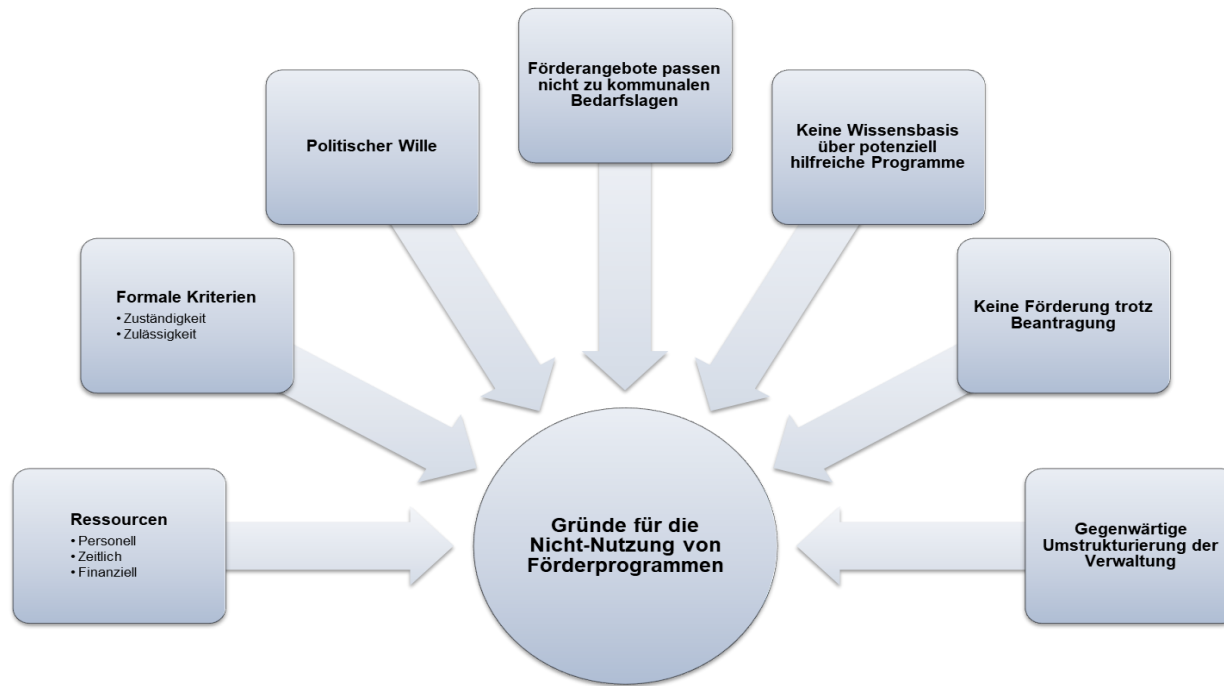
Mehr als zwei Drittel der Befragten in den Kommunen sind der Ansicht, dass bestehende Strukturen der Zusammenarbeit an die veränderten kommunalen Herausforderungen, die mit Vielfalt und Sicherheit verbunden sind, angepasst werden sollten.

Mehr als 35% der Befragten sehen sogar die Notwendigkeit der Schaffung neuer Strukturen.

Die Notwendigkeit zur Veränderung bestehender Strukturen sehen die Befragten z.B. beim Ausbau von Vernetzungsaktivitäten, der Etablierung von (lokaler) Prävention und Monitoringmöglichkeiten, aber auch bei der grundsätzlichen Öffnung und Diversifizierung der Verwaltung. Bestehende Strukturen sollten so verändert werden, dass sie sich dynamisch an neue kommunale Problemlagen und Bedarfe anpassen lassen. Neue Strukturen sollten besser am Bedarf ausgerichtet sein. Für neue Prozesse und Abläufe werden neue Leitlinien benötigt. Auch neue Diskursformate für schwer erreichbare Gruppen werden als sinnvoll erachtet. Außerdem werden von den Befragten die Durchführung von Sicherheitsaudits, die Erstellung von Integrationskonzepten oder die Entwicklung von Richtlinien für den Umgang mit EU-Migration bei fehlendem Sozialleistungsanspruch als hilfreich genannt.

Einige Befragte sehen das Thema Vielfalt und Sicherheit als Querschnittsaufgabe an. In allen vorhandenen Strukturen sollte man sich stärker mit Fragen der Segregation, Inklusion und sozialraum- und lebensweltorientierten Ansätzen befassen. Die verstärkte Etablierung spezieller Netzwerke zum Thema Sicherheit wird insbesondere von den Ordnungsämtern gefordert, wird aber auch aus anderen Ämtern und Fachbereichen genannt.

Gründe für die Nicht-Nutzung von Förderprogrammen



Der Mangel an personellen Ressourcen wird am häufigsten als Hemmnis bei der Beantragung von Förderungen genannt. Am zweithäufigsten wurde eine Nicht-Beantragung damit begründet, dass die Förderangebote nicht zu den spezifischen kommunalen Bedarfslagen passen.

Andere Gründe stellen zeitliche und finanzielle Ressourcen oder formale Kriterien dar sowie ein fehlender politischer Wille oder fehlendes Wissen zu den Modalitäten der Beantragung.

Ein paar Ämter gaben auch an, dass Umstrukturierungsprozesse gegenwärtige einer Bewerbung um Förderung entgegenstehen, diese aber auch erfolgt, um künftig gezielter Fördermittel akquirieren zu können.

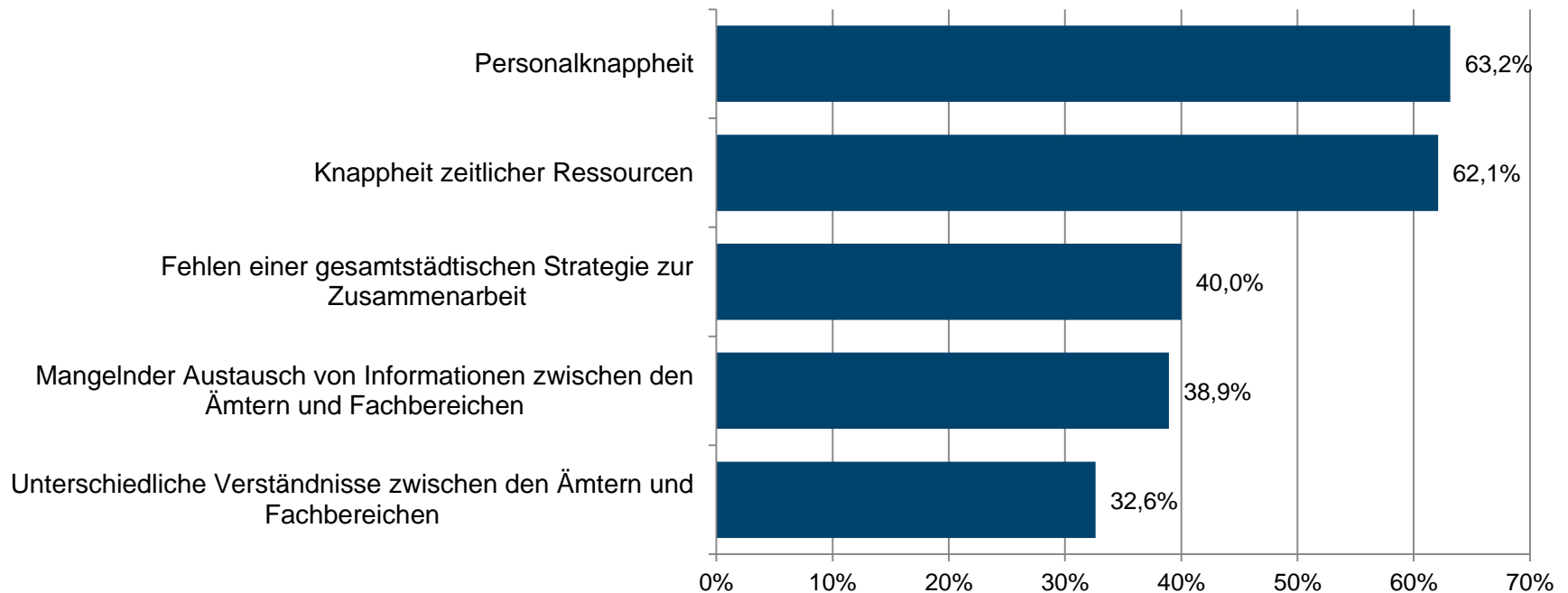
3. Welle – Ausgewählte Ergebnisse

3. Welle der Kommunalbefragung – Eckdaten

- Adressaten
 - Alle Ämter und Fachbereiche, die in mindestens einer der beiden ersten Befragungswellen teilgenommen haben
 - Fünf verschiedene Ämter und Fachbereiche: Ordnung, Stadtplanung, Soziales, Jugend, Integration
 - Insgesamt wurden 286 Ämter und Fachbereiche kontaktiert
- Rücklaufquote:
 - Gesamtrücklauf: 33% (N = 94)
 - Etwa zwei Drittel der befragten Kommunen haben sich mit mindestens einem Amt/Fachbereich an der Befragung beteiligt

Ranking: Hemmnisse der Zusammenarbeit

TOP 5 Hemmnisse der Zusammenarbeit sortiert nach Häufigkeit der Nennung

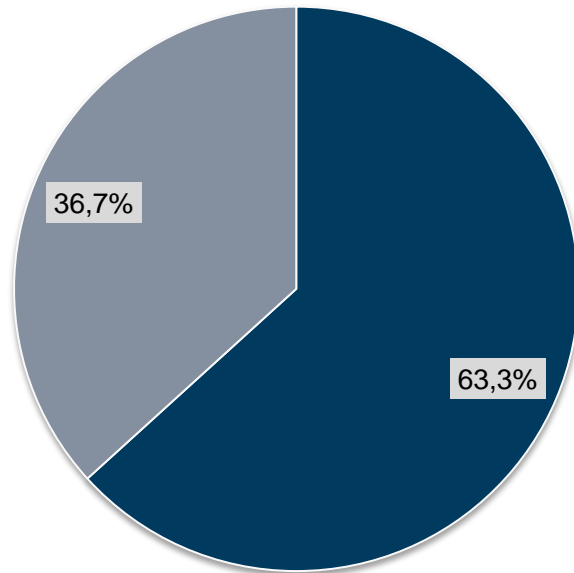


22 potenzielle Hemmnisse der Zusammenarbeit im Bereich Vielfalt-Sicherheit, die im Verlauf des Projekts identifiziert werden konnten, wurden von den Befragten nach Relevanz sortiert.

Neben personellen und zeitlichen Engpässen, die von beinahe zwei Dritteln (63 % bzw. 62,1 %) aller befragten Ämter unter die TOP 5 Hemmnisse gerechnet werden, werden auch strategische und organisatorische Leerstellen sowie inhaltliche Verständigungsprozesse hier häufig genannt.

Konflikte im öffentlichen Raum

Die Konflikte im und um den öffentlichen Raum werden vor dem Hintergrund meiner beruflichen Erfahrung künftig ...



■ zunehmen ■ auf ähnlichem Niveau bleiben

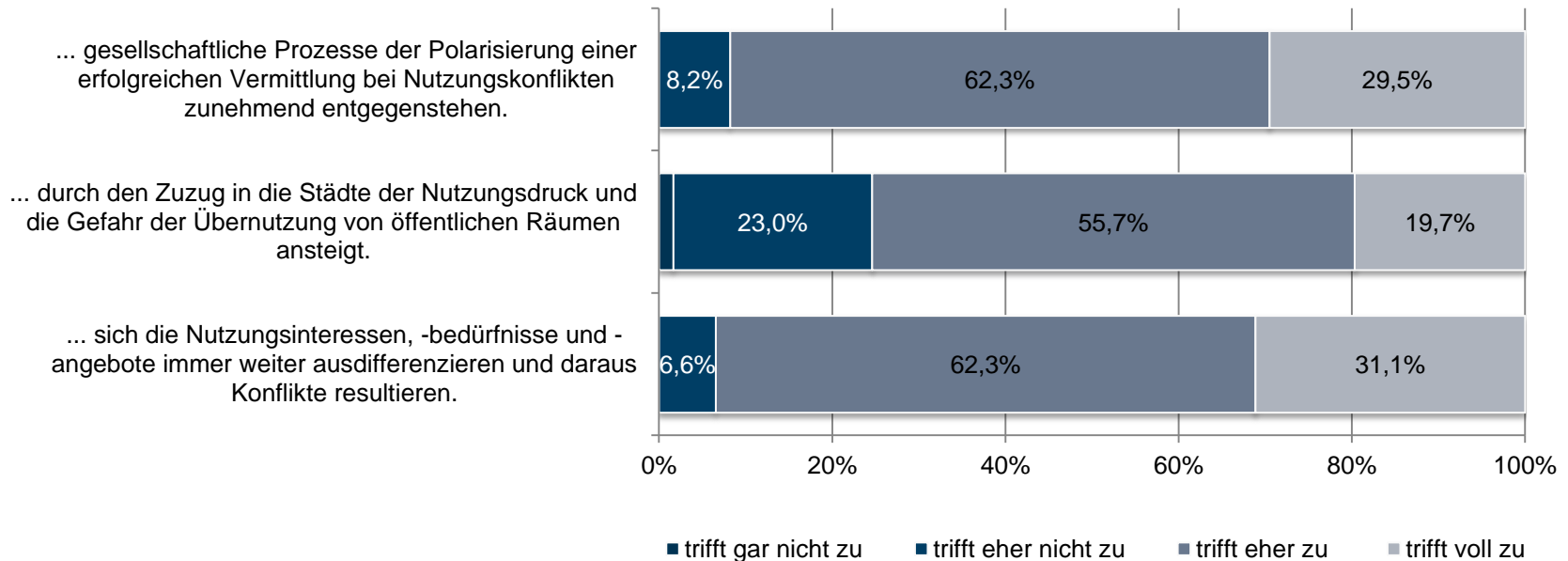
Konflikte im öffentlichen Raum zeigten sich während des Projekts immer wieder als zentrales Thema, wenn es um kommunale Herausforderungen der Vielfalt und Sicherheit ging.

63,3 % der Befragten gehen davon aus, dass die Konflikthaftigkeit künftig sogar zunehmen wird.

Dabei lässt sich beobachten, dass jeweils etwas mehr als drei Viertel der Vertreter*innen der Ordnungs- und Stadtplanungsämter von einer Zunahme ausgehen. Bei den Jugend- und Sozialämtern trifft dies nur auf etwas mehr als die Hälfte zu. Die Integrationsbeauftragten gehen dagegen mehrheitlich davon aus, dass die Konflikte nicht zunehmen, sondern auf einem ähnlichen Niveau bleiben werden.

Mögliche Gründe für veränderte Konflikthaftigkeit im öffentlichen Raum

Die Konflikte im und um den öffentlichen Raum werden zunehmen, weil ...

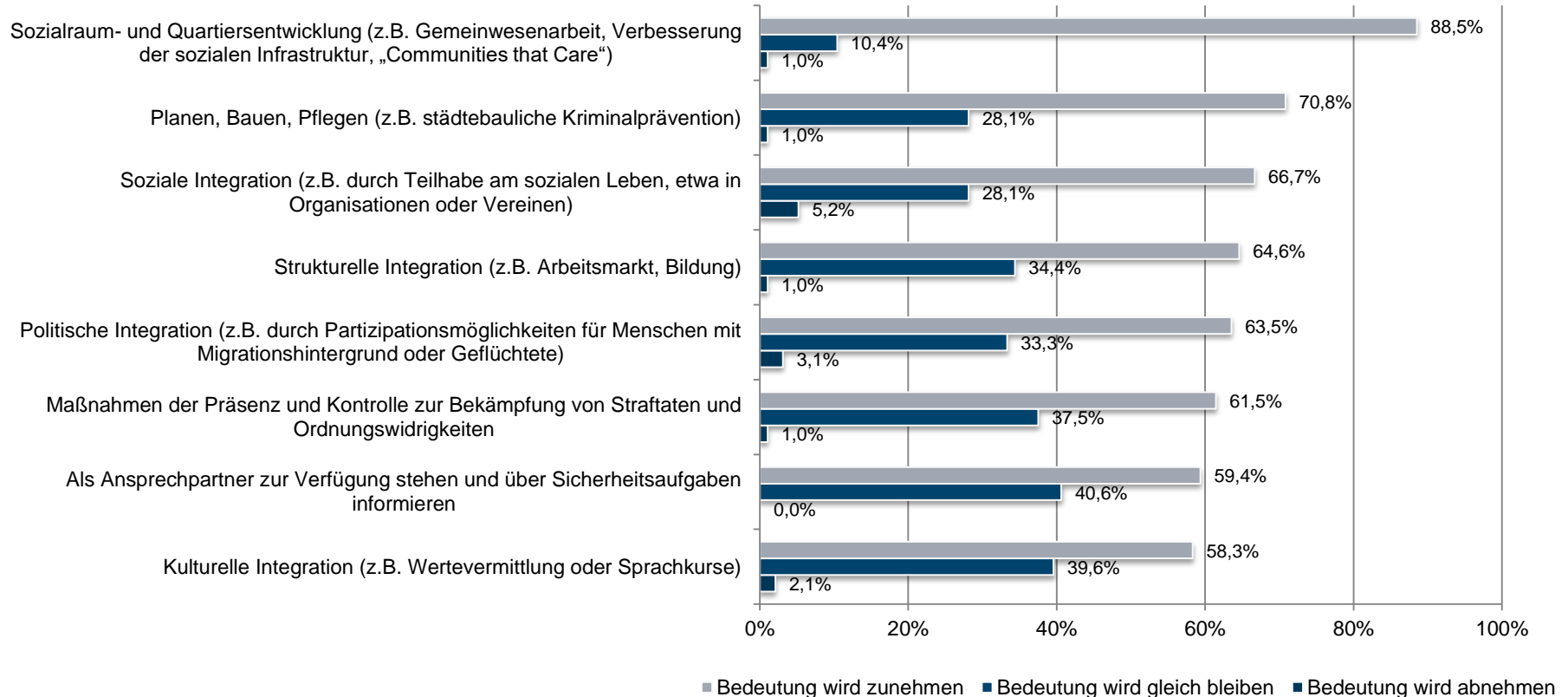


In Bezug auf die Gründe für die Erhöhung der Konflikthaftigkeit wird vor allem Prozessen der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung und Polarisierung hohe Relevanz zugeschrieben.

Die Erhöhung des Nutzungsdrucks durch einen wachsenden Zuzug in die Städte wird dagegen für etwas weniger bedeutsam gehalten.

Zukünftige Relevanz von Handlungsfeldern

Zukünftige Bedeutung von kommunalen Handlungsfeldern im Vergleich (sortiert nach Relevanz)



Die befragten Ämter und Fachbereiche attestieren vor allem dem Handlungsfeld der Sozialraum- und Quartiersentwicklung einen Bedeutungszuwachs beim kommunalen Umgang mit Phänomenen der gesellschaftlichen Vielfalt und Sicherheit in der Zukunft. 88,5 % rechnen hier mit einem Bedeutungszuwachs. Dagegen wird das Handlungsfeld der kulturellen Integration nur von 58,3 % mit einer künftig gehobenen Bedeutung assoziiert. Dies könnte allerdings daran liegen, dass dieses Handlungsfeld auch gegenwärtig schon sehr bedeutungsvoll ist.

Zentrale empirische Befunde der Kommunalbefragungen

- Die Kooperationsnetzwerke lassen sich in drei Typen systematisieren: Ordnung (1), Planung (2), Soziales/Jugend/Integration (3), wobei diese auch mit unterschiedlichen Perspektiven, Strategien und Maßnahmen für den kommunalen Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit einhergehen.
- Bei Aufgaben im Bereich von Vielfalt und Sicherheit, verorten sich Ordnungsämter eher im Bereich von kommunalen Sicherheitsaufgaben und Integrationsbeauftragte eher im Bereich von Vielfalt. Die Ergebnisse zeigen aber vielfältige Überschneidungsbereiche und Formen der Zusammenarbeit.
- Jugend- und Sozialämter erscheinen als mögliche Vermittler bei der Zusammenarbeit.
- Vielfaltsbezogene Phänomene verhalten sich vor dem Hintergrund sicherheitsorientierter Aspekte als ambivalent. Somit kann sich der kommunale Umgang mit Vielfalt auch auf die Sicherheit auswirken.
- Es gibt eine Vielfalt von kommunalen Strategien die Potenziale von städtischer Vielfalt für die urbane Sicherheit nutzbar zu machen (Reflexionsressource, Multiperspektivität, soziale Kohäsion, Stärkung des Sicherheitsgefühls durch Etablierung von Begegnungsorten, Diversifizierung der Verwaltung etc.).
- Vertrauen, persönliche Beziehungen und Absprachen sind elementare Gelingensvoraussetzungen von Kooperationsbeziehungen im Umgang mit Vielfalt und Sicherheit.
- Neben personellen und zeitlichen Engpässen werden auch strategische und organisatorische Leerstellen sowie inhaltliche Verständigungsprozesse von den befragten Ämtern unter die TOP 5 Hemmnisse der Zusammenarbeit gerechnet.
- Der Verzicht auf die Nutzung von Förderprogrammen liegt am häufigsten begründet in fehlenden personellen Ressourcen zur Beteiligung und an der fehlenden Passgenauigkeit von Programmen für die kommunalen Lagen bei Fragen von Vielfalt und Sicherheit.

DIVERCITY

Sicherheit und Vielfalt im Quartier

Kontakt:

urbane-sicherheit@difu.de

Weitere Informationen zum Projekt:

<https://div-city.de>

<https://difu.de> (Stichwort DIVERCITY)

